

04.12.2023

DPoIG ruft gemeinsam mit dem dbb zum ganztägigen Warnstreik auf

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Bremen (DPoIG) ruft einen Tag vor Beginn der Tarifrunde gemeinsam mit ihrem Dachverband, dem Deutschen Beamtenbund (dbb) zu einem ganztägigen Streik im öffentlichen Dienst auf. Dabei werden viele Polizisten ab 11 Uhr vor dem Haus des Reichs in Bremen zusammenkommen, um einer Kundgebung beizuwohnen und ihrem Frust Ausdruck zu verleihen. Von 9-16 Uhr wird dort eine Mahnwache der dbb Gewerkschaften abgehalten, ab 12 Uhr sprechen unter anderem der dbb Vorsitzende Olaf Wietschorke und der DPoIG Landesvorsitzende Bernard Soika.

Die Streikenden erhoffen sich auch Worte vom Finanzsenator Björn Fecker, der aber noch nicht final zugesagt hat. Er wird sich mit seinen Kolleginnen und Kollegen der Länder abstimmen und ein gutes Angebot abgeben müssen, sonst kann es in der Folge zu unbefristeten Streiks kommen.

Durch den Streik werden nicht nur Finanzämter oder andere Bereich des öffentlichen Dienstes geschlossen bleiben, auch die Polizei wird dadurch eingeschränkt. So müssen der Objektschutz, das Polizeigewahrsam und der Zentralruf zum Beispiel durch Vollzugsbeamte übernommen werden, um die Sicherheit zu gewährleisten. Dafür dürften aber andere Aufgaben, die von den Einsatzkräften sonst wahrgenommen werden, wegfallen.

„Wir werden die Sicherheitsstruktur des Landes nicht gefährden“ so Bernard Soika, Landesvorsitzender der DPoIG, „aber es kann weh tun und die Bürgerinnen und Bürger werden Einschränkungen spüren. Macht die Politik so weiter, werden wir in Zukunft noch gravierendere Nachwuchsprobleme haben und die Probleme sind nicht mehr zu steuern. Dann streikt niemand, sondern es gibt diese Menschen in Uniform einfach nicht mehr. Das kann und darf nicht das Ziel einer Regierung sein.“

Die Gewerkschaften fordern in der Tarifrunde 10,5% mehr Lohn, mindestens aber 500 Euro, eine Stadtstaatenzulagen in Höhe von 300 Euro, sowie eine Ausbildungszulage in Höhe von 200 Euro. Dazu muss es eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme auf die Landesbeamten geben.

Bei einer Erhöhung des Bürgergeldes um 12% und einer hohen Inflation, durch die der Staat deutlich erhöhte Steuereinnahmen verzeichnet, dürfen die eigenen Mitarbeiter nicht vergessen werden, sorgen sie überhaupt für die Stabilität und Sicherheit in diesem krisengebeutelten Land.